

Beschluss

Bunt statt Grauland: Konsequenz gegen rechts

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
2 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
3 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten sowie
4 für unser friedliches Zusammenleben dar. Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
5 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und Biphobie sowie jeglicher Form von
6 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir wollen unsere Demokratie gegenüber allen Formen
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. Wenn Geflüchtete und Menschen mit
8 Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie
9 unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht
10 durchgesetzt.

11 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
12 gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen
13 und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz
14 insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er politische Gruppierungen, Vereine, Parteien mit
15 rechtem, fremdenfeindlichen Hintergrund sowie deren Mitglieder immer noch nicht als rechtsextremistisch
16 identifiziert hat obwohl deren Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition erfüllt. Als da wären
17 aggressiver Nationalismus, der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage,
18 Antipluralismus und die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer
19 Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle demokratischen Parteien, gegen Gerichte, gegen Kirchen und
20 gegen Gewerkschaften. Folgerichtig müssen diese rechtsextremen Gruppen, Vereine, Parteien und Personen
21 dringend vom
22 Verfassungsschutz beobachtet werden.

23
24

25 **Verfassungsschutz auf den Prüfstand**

26 Wir stehen einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so
27 lange es ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss im
28 Brandenburger Landtag hat allerdings erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich
29 gemacht. Wir wollen eine grundlegende Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der
30 Meinung sind, dass eine wissenschaftliche Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann
31 als ein Nachrichtendienst. Sofern der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber
32 eine parlamentarische Kontrolle sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die
33 Kontrolle darf nicht überwiegend auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der
34 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre
35 Mitarbeiter*innen müssen umfassende individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte

36 bekommen. Abgesehen davon lehnen wir das V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht
37 sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom Staat mittelbar finanziert und teilweise die
38 verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über die hinterher berichtet wird. Die Mittel für
39 Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen rechts engagieren, wollen
40 wir deutlich und dauerhaft aufstocken.